



## Amt und Mandat

„Mit dem Begriff *Trennung von Amt und Mandat*, auch *Inkompatibilitätsgebot* genannt, wird der Grundsatz bezeichnet, dass eine Person nicht gleichzeitig ein Mandat in der Legislative und ein Amt in der Exekutive wahrnehmen soll.“ *Wikipedia*

Die Grünen halten sich weitestgehend an diesen Grundsatz, so haben **Bettina Jarasch** und **Daniel Wesener** ihre gewonnenen Abgeordnetenhausmandate zurückgegeben, als sie in den Senat berufen wurden. Für die SPD ist das hingegen eine Kann-, aber nicht Muss-Bestimmung. So haben die Senatsmitglieder **Franziska Giffey**, **Andreas Geisel** und **Iris Spranger** ihre Mandate behalten, ebenso der Linke Senator **Klaus Lederer**.

Überhaupt kein Problem mit einer eventuellen Interessenkollision haben viele Politikerinnen und Politiker aller Parteien mit einem Parteiamt und einem Abgeordnetenmandat. Ein Parteiamt wird in der Regel ehrenamtlich ausgeübt. Aber, von irgendetwas muss man ja leben. Da passt es ganz gut, wenn man unbezahltes Partei-, mit einem bezahlten Regierungsamt oder Parlamentsmandat kombinieren kann.

Schauen wir uns den Geschäftsführenden Landesvorstand der Berliner **SPD** an:

- **Franziska Giffey**, MdA, Regierende Bürgermeisterin
- **Raed Saleh**, MdA, Fraktionsvorsitzender
- **Ina Czyborra**, MdA
- **Andreas Geisel**, MdA, Senator
- **Iris Spranger**, MdA, Senatorin
- **Julian Zado**, Büroleiter im Verteidigungsministerium\* siehe Folgeartikel Seite 2.
- **Michael Biel**, Staatssekretär in der Wirtschaftsverwaltung

Geschäftsführender Landesvorstand der Berliner **CDU**:

- **Kai Wegner**, MdA, Fraktionsvorsitzender
- **Stefan Evers**, MdA
- **Cerstin Richter-Kotowski**, Vize-Bezirksbürgermeisterin Steglitz-Zehlendorf
- **Dr. Manja Schreiner**, kein bezahltes politisches Mandat
- **Frank Balzer**, MdA
- **Falko Liecke**, Bezirksstadtrat Neukölln
- **Dr. Jan-Marco Luczak**, MdB

MdA = Mitglied des Abgeordnetenhauses

MdB = Mitglied des Bundestages

Geschäftsführender Landesvorstand **Grüne** Berlin:

- **Susanne Mertens**, BVV Steglitz-Zehlendorf
- **Philmon Ghirmai**, kein bezahltes politisches Mandat
- **Karolin Ziehm**, kein bezahltes politisches Mandat
- **Aida Baghernejad**, kein bezahltes politisches Mandat

Geschäftsführender Landesvorstand **Die Linke**:

- **Katina Schubert**, MdA
- **Sandra Brunner**, MdA
- **Pascal Meiser**, kein bezahltes politisches Mandat
- **Tobias Schulze**, MdA
- **Annetta Juckel**, kein bezahltes politisches Mandat

Geschäftsführender Landesvorstand der **FDP**:

- **Christoph Meyer**, MdB
- **Daniela Kluckert**, MdB
- **Sebastian Czaja**, MdA, Fraktionsvors.
- **Sven Hilgers**, kein bezahltes politisches Mandat
- **Laura Pfannemüller**, kein bezahltes politisches Mandat

Geschäftsführender Landesvorstand der **AfD**:

- **Dr. Kristin Brinker**, MdA, Fraktionsvors.
- **Jeanette Auricht**, MdA
- **Ronald Gläser**, MdA
- **Karsten Woldeit**, MdA
- **Frank-Christian Hansel**, MdA

**Alle Angaben ohne Gewähr!**

Also, von wenigen Ausnahmen abgesehen, haben alle Mitglieder der Geschäftsführenden Landesvorstände ein bezahltes politisches Mandat. Da tut sich natürlich die Frage auf, ob man es sich in der arbeitsaufwendigen Position eines Landesvorstandsmitglieds leisten kann, ohne Bezahlung nach Hause zu gehen. Oder verbuchen wir die politische Arbeit in einem Landesvorstand als ehrenamtliche Zusatzleistung? Kann man andererseits seine Parteiarbeit von der, die das Mandat fordert, trennen? Als Mitglied eines Parlaments hat man das Große und Ganze im Auge zu behalten und nicht das Klein-Klein der Parteipolitik. Als Regierungsmitglied sieht die Sache nochmal ganz anders aus. Als Mitglied des Senats in einer Koalition kann man schwerlich immer die Parteilinie durchziehen. Ganz kompliziert wird es, wenn man die Interessen der Partei, der Regierung und des Parlaments im Auge behalten muss – siehe SPD.



## Julian Zado

ist Büroleiter im Verteidigungsministerium und sollte offenbar mehr Geld bekommen. Das hat der schon zu **B.Z.**-Zeiten gefürchtete Enthüllungsjournalist **Lars Petersen** für **Business Insider** recherchiert. Über den Vorgang berichtete gestern Abend auch **Der Tagesspiegel**.



Foto: SPD Berlin

„Der Büroleiter von Verteidigungsministerin **Christine Lambrechts** (SPD) Staatssekretärin **Margaretha Sudhof** sollte nach Recherchen von **Business Insider** ab Mitte Juni mit einer B6-Besoldung bezahlt werden. Damit hätte er mehr als 10.600 Euro im Monat bekommen, was ungewöhnlich viel ist. Vor allem politisch aber ist der Fall brisant: Der Büroleiter ist zugleich stellvertretender Landeschef der SPD Berlin – dem Landesverband, aus dem auch Sudhof kommt.“ „In anderen Bundesministerien verdienen diese nach Recherchen von **Business Insider** üblicherweise in der Besoldungsstufe A15/A16, also zwischen 6.000 und 6.500 Euro. Das sind etwa sechs Gehaltsstufen unter dem, was Zado bekommen sollte.“

Aus „bislang ungeklärten Gründen“ soll die Ministerin den „Vorgang gestoppt haben.“ Zado war vor seinem jetzigen Job schon bei Lambrecht im Justizministerium tätig und erhielt dort eine höhere Vergütung als jetzt im Verteidigungsministerium. Das könnte ein Grund für eine „solche Luxus-Beförderung“ sein, berichtet **Lars Petersen**. „Zudem sollte er offenbar auch noch weitere Aufgaben erhalten, so die Begründung in der Beförderungsvorlage, die eine B6-Dotierung angeblich rechtfertigen.“

Ob die höhere Besoldung gerechtfertigt ist, wissen wir nicht. Klar scheint zu sein, dass Lambrecht wenig Lust verspürte, wegen dieses Vorgangs erneut

negativ in die Schlagzeilen zu geraten. Besoldungsgruppe B6 ist übrigens das, was ein Bezirksbürgermeister in Berlin bekommt.

**Der Tagesspiegel** nutzt den Vorgang, um mit **Julian Zado** generalabzurechnen. Der Tagesspiegel schreibt: „Julian Zado ist der Vater des gescheiterten Mietendeckels, Kritiker des Kurses von Franziska Giffey und Raed Saleh an der Berliner SPD-Spitze und hat als Landespartei-Druck für die Fortsetzung der Koalition mit Grünen und Linkspartei gemacht.“

**Jan Stöß**, von 2012 bis 2016 Vorsitzender der Berliner SPD, wird in dem Tagesspiegel-Artikel auch erwähnt. „Auch **Jan Stöß**, einst Landespartei-Druck der SPD in Berlin, der bei der einflussreichen Parteilinken in der Hauptstadt als Zados politischer Ziehvater galt, kam ins Verteidigungsministerium und leitet dort seit März die Rechtsabteilung.“ Da passt ja mal wieder alles zusammen. Vater und Sohn im selben Haus.

Zado wurden, laut Tagesspiegel, „auch Ambitionen auf einen Staatssekretärsposten im neuen Senat nachgesagt. Jetzt tritt er beim Parteitag der Berliner SPD am 19. Juni nicht noch einmal an, um wieder Landesvize zu werden – ‚aus beruflichen Gründen‘, wie Giffey und Saleh erklärten.“

**Franziska Giffey** und **Raed Saleh** stellen sich zur Wiederwahl am 19. Juni im Estrel. Die Zielmarken sind für beide 89,4 bzw. 68,7 Prozent. Jedes Zehntel Veränderung vor oder hinter dem Komma wird mit Spannung erwartet. Es ist schließlich auch eine erste Bewertung Giffey als Regierende Bürgermeisterin durch die eigene Partei.

Schaut man sich die Antragsbücher für den Parteitag an, so wäre das Stoff für eine ganze Woche. Auch der Antrag „Gerhard Schröder muss die Partei verlassen“ steht auf der Tagesordnung.

Die in unserem Artikel erwähnten Beiträge aus „**Business Insider**“ und dem „**Tagesspiegel**“, können Sie unter diesen Links nachlesen.

<https://www.businessinsider.de/politik/deutschland/10600e-fuer-bueroleiter-lambrecht-stoppt-ungewoehnliche-befoerderung-b/>

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/die-alten-bande-der-berliner-spd-lambrecht-soll-gehaltserhoehung-fuer-bueroleiter-ihrer-staatssekretaerin-gestoppt-haben/28402658.html>

**Ed Koch**